

MITTWOCH, 18. JANUAR 2017

Reformator Zu Ehren von Sebastian Hofmeister wird am Samstag in Schaffhausen eine Gedenktafel enthüllt. **Region** Seite 21

Verkehrsberuhigung Der Gemeinderat von Kleinandelfingen lässt für die Ortsdurchfahrt jetzt Tempo 40 prüfen. **Weinland** Seite 27

Konsens zur Steuerreform nicht in Sicht

Braucht die Schweiz die Unternehmenssteuerreform dringend? Oder muss das Volk sie dringend ablehnen? Darüber haben gestern Abend Ständerat Hannes Germann und Nationalrätin Martina Munz debattiert.

VON ZENO GEISELER

Wie kann man an ein Ungetüm wie die Unternehmenssteuerreform III (USR III) herangehen? Sidonia Küpfer, die Leiterin des Ersten Bunds der SN und Mitglied der Redaktionsleitung, machte es gestern so: «Das ist ein schwerer Brocken, den wir versuchen in mundgerechte Stücke zu zerlegen.»

Das Bild des Zerlegens, des Kauens und des Schluckens sollte die Debatte zwischen Ständerat Hannes Germann (SVP) und Nationalrätin Martina Munz (SP) gestern Abend im Rahmen der SN-Reihe «Politik im Saal» noch ein Weilchen begleiten.

Germann sprach davon, dass ihnen die jetzt vorliegende Lösung auch nicht unbedingt geschmeckt habe. Aber der heutige Zustand mit besonders tief besteuerten Spezialgesellschaften sei nicht mehr zu halten gewesen, weshalb man eine international akzeptierte Alternative gefunden habe.

Munz sagte, sie sei grundsätzlich schon damit einverstanden, dass es eine Steuerreform brauche. Aber was jetzt vorliege, das sei schlicht unverständlich. «Eine Steuerreform, wie sie der Bundesrat ursprünglich vorge-



Hannes Germann und Martina Munz lieferten sich gestern Abend ein munteres Reduell unter der Leitung von SN-Redaktorin Sidonia Küpfer. Bild Selwyn Hoffmann

schlagen hatte, hätten wir mitgetragen. Doch dann kamen Finanzlobbyisten, und es tat sich ein Steuerloch am anderen auf.» Die Schweiz brauche keine Steuerschlupflöcher, die niemandem etwas bringen. «Der Mittelstand wird Milliardenausfälle bezahlen», warnte sie.

«Wir sind seit Jahren in einem Zustand der latenten Verunsicherung», sagte hingegen Germann. «Daraus versuchen andere Standorte Kapital zu schlagen. Ich hätte Angst, dass die Unternehmen ohne Gegenmassnahmen unser Land verlassen würden.» Munz konterte, dass die Schweiz schon jetzt der steuergünstigste Ort in Europa sei. «Wohin sollen sie denn ziehen?»

Im Übrigen sei es ja nicht so, dass die Schweiz bei einem Nein zur USR III ohne Reform dastehen würde, sagte sie. «Wir werden dann auch eine Reform haben, aber nach den Vorgaben des Bundesrats.» Schon in drei Monaten könne eine neue Vorlage auf dem Tisch liegen, und zwar ohne Steuertricks. Der Bundesrat habe seine Vorlage ja auch darauf angelegt gehabt, die Unternehmen bei uns zu behalten und international anerkannte Steuerregeln einzuführen.

Situation in Schaffhausen

Die Diskussion bewegte sich in einem zweiten Teil auf die Situation in Schaffhausen zu. Die Kantonsregierung hatte gestern darüber informiert, wie die USR III im Kanton umgesetzt würde (siehe Artikel unten). «Wir in Schaffhausen würden einen gravierenden Fehler machen, wenn wir die

Unternehmen gefährden würden», warnte Germann. Munz hingegen war der Ansicht, dass Schaffhausen unbedingt Nein zur USR III sagen müsse. «Auf den Kanton kommen riesige Ausfälle zu.»

Zückerchen?

Die Schaffhauser Regierung will im Rahmen der Steuerreform aber nicht nur die Unternehmenssteuern angehen, sondern auch eine Senkung für Privatpersonen einführen. «Ist das einfach ein Zückerchen?», fragte Diskussionsleiterin Küpfer. Germann fand das nicht. «Prima vista ist die kantonale Vorlage für Schaffhausen absolut massgeschneidert, ich gratuliere unserer Regierung dazu!» – «Ach woher», meinte Munz. «Damit der Mittelstand mitmacht, gibt man ihm einfach ein Goody!» Man spreche zwar immer davon, dass die Steuereinnahmen gestiegen seien und Unter-

«Prima vista ist die kantonale Vorlage für Schaffhausen massgeschneidert. Ich gratuliere der Regierung!»

Hannes Germann
Ständerat

nehmen angesiedelt worden seien, «aber in Schaffhausen haben wir trotz all dieser Firmen schon das vierte Sparprogramm durchgeführt», sagte Munz. Frühere Steuerreformen hätten massive Ausfälle mit sich gebracht. Das wiederum wollte Germann nicht auf sich sitzen lassen. «Wir haben in der Schweiz die Steuereinnahmen von 1990 bis 2014 vervierfacht! Es gab keine Ausfälle.»

Abgerundet wurde die muntere Diskussion mit einer Fragerunde. Das Schaffhauser Fernsehen und Radio Munot strahlen die ganze Debatte in den folgenden Tagen aus.

Zuerst Millionenausfälle, dann steigende Einnahmen

Die Steuerreform wird den Kanton Schaffhausen in den ersten Jahren viel Geld kosten. Langfristig aber, so verspricht die Regierung, steht Schaffhausen besser da. Und Private sollen erst noch weniger Steuern bezahlen.

In der Schweiz tobt ein Kampf um Jobs, um Firmen und um Steuermilliarden: In gut drei Wochen stimmt das Land über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ab. Vor allem Linke wehren sich gegen die Reform, sie sehen sie als Mittel, um Grosskonzernen und Aktionären Geld zuzuschaukeln, während der Mittelstand blutet. Die Befürworter hingegen argumentieren, dass der Standort Schweiz ohne Reform ins Hintertreffen gerät, Tausende von Jobs gefährdet sind und Steuereinnahmen schwinden.

Die Verantwortlichen im Kanton Schaffhausen schauen diesem Treiben gebannt zu. Denn von den Gesellschaften mit den steuerlichen Sonderregeln, sogenannten Statusgesellschaften, gibt es im kleinen Nordschweizer Kanton eine ganze Menge: fast 400. Diese Firmen liefern 70 Prozent aller Gewinnsteuern im Kanton ab. Auf eine noch höhere Quote kommen nur noch ganz wenige andere Kantone, nämlich Neuenburg, Zug, Basel-Stadt und die Waadt.

Die Schaffhauser Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften bieten zudem 3200 Arbeitsplätze. Viele der Angestellten wohnen im Kanton Schaffhausen, zahlen hier Steuern und geben

hier ihr Geld aus. Anders gesagt: Diese Firmen und ihre Mitarbeiter sind für die Wirtschaft und die Staatsfinanzen im Kanton ganz zentral.

12 bis 12,5 Prozent Steuern für alle

Für die Schaffhauser Regierung, das machte sie gestern an einer Medienorientierung klar, gibt es keine Alternative zur USR III. «Sie ist die beste Lösung, sie ist ausgewogen und zielgerichtet», sagte Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel. Sollte die Schweiz die Reform annehmen, können

die Kantone sie in gewissen Bandbreiten in eigener Kompetenz umsetzen.

Schaffhausen würde sich von speziell tiefen Steuern für die Spezialgesellschaften verabschieden und für alle Unternehmen eine Belastung von 12 bis 12,5 Prozent anstreben. 12,5 Prozent ist der Benchmark, den Standorte wie Luzern oder Irland vorgeben. Die heutigen Statusgesellschaften würden in Schaffhausen in Zukunft zwar mehr Steuern bezahlen, aber steuerlich immer noch günstig fahren – und deshalb, so hofft der Kanton, keinen Grund

sehen, wegzuziehen. Heute ordentlich besteuerte Firmen, etwa KMU, müssten künftig sogar weniger bezahlen. Weitere Massnahmen wären die Einführung einer Patentbox (Entlastung von Erträgen aus Forschung und Entwicklung) sowie eine zinsbereinigte Gewinnsteuer auf Eigenkapital.

Das neue Steuerregime hätte Folgen: Der Kanton und seine Gemeinden müssten während fünf Jahren mit Mindereinnahmen von maximal 10,2 Millionen Franken jährlich rechnen, also etwa zwei Prozent aller Steuereinnahmen.

Nach fünf Jahren erwartet die Regierung aber deutlich steigende Einnahmen, unter anderem, weil dann ein befristeter Sondersteuersatz wegfällt.

Auch die privaten Steuerzahler sollen von der Steuerreform profitieren: Sie sollen höhere Abzüge für die Versicherungen machen dürfen und so etwa ein Prozent weniger Steuern bezahlen.

Das neue Steuergesetz soll per Anfang 2019 in Kraft treten. Zuerst hofft die Regierung jetzt auf ein Ja am 12. Februar. «Ein Nein», sagte Widmer Gysel, «käme uns teuer zu stehen.» (zge)



Die neue Regierung hat an ihrer zweiten Sitzung ihre Pläne zur Steuerreform vorgestellt: Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel (SVP), flankiert von Martin Kessler (FDP), Christian Amsler (FDP), Ernst Landolt (SVP) und Walter Vogelsanger (SP; v.l.). Bild Selwyn Hoffmann